

Bern, den 11. März 2001

Es gilt das gesprochene Wort

Rede von Botschafter Peter Maurer
Chef der Politischen Abteilung IV
Menschenrechts- und humanitäre Politik
EDA

**"Europa- und Weltkonferenz gegen Rassismus in der
Schweizer Aussenpolitik"**

(Nationale Konferenz gegen Rassismus vom 21. März 2001 in Zürich)

Ich möchte den Veranstaltern für die Gelegenheit danken, diesem für breite Kreise geöffneten Forum die Bedeutung der Europa- und Weltkonferenz gegen Rassismus in der Schweizer Aussenpolitik präsentieren zu dürfen. Tage der Begegnung wie dieser sind bedeutend für die Kontakte und den Austausch zwischen Behörden, Institutionen und NGOs.

Mein besonderer Dank geht an die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus für ihr Engagement und ihren Weitblick; sie hat damit in den letzten fünf Jahren einen unverzichtbaren Platz unter den Nationalen Institutionen eingenommen. Das Forum gegen Rassismus seinerseits stellt als Sprachrohr der Schweizer NGOs im Bereich der Rassismusbekämpfung und bei der Vorbereitung der Weltkonferenz gegen Rassismus für die Bundesverwaltung

eine wertvolle Brücke zur Zivilgesellschaft dar, von welcher beide Seiten profitieren. Beide Organisationen wirken bei den Vorbereitungen der Weltkonferenz gegen Rassismus, mit anderen interessierten und engagierten Kreisen, eng zusammen. Dazu und zum heute stattfindenden Treffen möchte ich Sie im Namen des EDA beglückwünschen. Ohne eine lebendige Innenpolitik gibt es heute keine glaubwürdige Aussenpolitik.

Für die schweizerische Aussenpolitik sind multilaterale Konferenzen und insbesondere Weltkonferenzen eine ideale Plattform, um auf internationaler Ebene und in der Schweiz die jeweiligen Anliegen zu fördern und die Öffentlichkeit für globale Entwicklungen zu sensibilisieren. Für mich bedeutet dies aus der Perspektive des EDA insbesondere drei Dinge:

- Erstens: Globalisierung darf nicht schrankenloser wirtschaftlicher Liberalismus bedeuten; wir brauchen vielmehr Politiken, Normen und Verhaltensweisen - wirtschaftliche, menschenrechtliche, gesellschaftliche und umweltspezifische Standards, um nur einige zu nennen - welche der Globalisierung der Wirtschaft einen berechenbaren Rahmen geben. Die Weltkonferenz gegen Rassismus reiht sich in diese Bemühungen ein und ist damit Teil eines Prozesses; Rio, Peking, Kairo, Kopenhagen und ihre Überprüfungs Konferenzen in New York und Genf waren und sind wichtige Etappen in der normativen Harmonisierung einer zunehmend globalen Welt.
- Zweitens : Die Weltkonferenz gegen Rassismus ist ein wichtiger Aspekt der Menschenrechts-Aussenpolitik der Schweiz. Diese

hat in den letzten Jahren durch den verstärkten Einsatz für besonders gefährdete Gruppen und gegen besonders schwerwiegende Verletzungen der Menschenrechte an Profil gewonnen. In dem Sinne haben wir uns etwa auf internationaler Ebene für Anliegen von Minderheiten, autochthonen Bevölkerungen und im Kampf gegen die Todesstrafe, die Folter und die Straflosigkeit von Kriegsverbrechern eingesetzt. Die Weltkonferenz gegen Rassismus ist auch in dieser Perspektive Teil eines Prozesses, in welchem wir uns seit einiger Zeit materiell, finanziell und organisatorisch engagieren. Im Februar letzten Jahres fand beispielsweise ein vom EDA veranstaltetes Expertenseminar zum Thema Beschwerdemöglichkeiten von Rassismusopfern in Genf statt. Die Rhonestadt ist zudem Gastgeberin für sämtliche Vorbereitungsarbeiten zur Konferenz in Südafrika.

- Drittens schliesslich : Zivile Friedensförderung und pro-aktive Konfliktbearbeitung sind heute zunehmend wichtige Aufgabenfelder der Aussenpolitik. Wer sich hier engagiert wird bald die Erkenntnis Mary Robinsons teilen, dass die Weltkonferenz gegen Rassismus ein Problem aufnimmt, das an der Wurzel innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Gewalt liegt. Wer heute Konfliktprävention machen will und sich für die Förderung menschlicher Sicherheit einsetzt, muss Strategien gegen den Rassismus entwickeln.

Das EDA bemüht sich heute, zusammen mit allen interessierten Kreisen in- und ausserhalb der Verwaltung, eine schweizerische Position zu formulieren und die entsprechenden Punkte auf die

internationale Traktandenliste zu bringen. Dabei konzentrieren wir uns sowohl auf europäischer wie globaler Ebene u.a. auf folgende Anliegen:

1. Auf die strafrechtliche Verfolgung rassistischer Handlungsweisen als Offizialdelikte. Die Erfahrungen im eigenen Land erwiesen sich hier als positiv, was uns für ein globales Engagement entsprechend motiviert.
2. Im Weiteren ist die Gründung und Förderung nationaler spezialisierter Institutionen für die Rassismusbekämpfung in unserem Interesse. Wir setzen uns dafür ein, dass die Institutionen politisch unabhängig, sowie mit genügend finanziellen Mitteln ausgestattet sind und wenn immer möglich das Recht haben, im Namen eines Rassismusopfers den Rechtsweg zu beschreiten.
3. Die Bekämpfung rassistischer Websites auf dem Internet ist seit längerem eines unserer Anliegen; dabei strebt die Schweiz eine internationale Zusammenarbeit auf juristischer wie politischer Ebene an. Der Cyberspace darf kein rechtsfreier Raum bleiben, in dem strafrechtlich relevante Taten ungestraft begangen werden können. In diesem Sinne gab das EDA auch eine Studie in Auftrag, welche den möglichen Handlungsspielraum national wie international aufzeigt und uns bei der Formulierung von Positionen helfen wird. Zudem sind wir in dieser Frage mit gleichgesinnten Ländern in Kontakt.

4. Die Schweiz legt Wert auf den legitimen Anspruch von Diskriminierungsopfern, Entschädigungen und Wiedergutmachungen zu verlangen und versucht die internationale Gemeinschaft dafür zu sensibilisieren. Den Opfern muss der Rechtsweg sowie der Zugang zu Beratungsstellen garantiert sein.
5. Die Schweiz will sodann, dass die Respektierung des humanitären Völkerrechts auch im Zusammenhang mit der Rassismusthematik diskutiert wird. Rassismus ist oft Ursache und Folge von bewaffneten Konflikten. Das humanitäre Völkerrecht bildet gerade auch bei heutigen Konflikten einen nicht-verhandelbaren Minimalstandard gegen Diskriminierungen.
6. Schliesslich werden wir uns für die Anerkennung von Statistiken als unerlässliche Grundlage für die Politikformulierung einsetzen. Rassismus muss auf nationaler und internationaler Ebene besser erfasst werden können. Die vom Bundesamt für Statistik und der DEZA im letzten Herbst organisierte Konferenz über Statistik und Menschenrechte wird auch für die Konferenz in Durban einen wichtigen Beitrag leisten.

Wir haben diese Positionen im vergangenen Jahr auf europäischer Ebene erarbeitet und vertreten : Strassburg und Stockholm waren wichtige Etappen. Die Europäische Weltkonferenz gegen Rassismus in Strassburg vom letzten Oktober war in dem Sinne ein Erfolg, weil praktisch alle ihr

wichtigen Anliegen thematisiert wurden. Die Schweiz wies u.a. auf die Bedeutung der Bekämpfung des Rassismus als Beitrag zur Stärkung des Rechtsstaates und der Demokratie hin; unterstützte sodann den von niederländischer Seite her gemachten Vorschlag eines Zusatzprotokolls zur Konvention "Kriminalität im Cyberspace", worin rassistische Websites im Internet unter Strafe gestellt würden. Die Konferenz hat sich zudem ganz im Sinne der Schweizer Aussenpolitik den Anliegen der NGO geöffnet und mehrere ihrer Vorschläge aufgenommen, wie beispielsweise die explizite Erwähnung der rassistischen Diskriminierung von farbigen Menschen und der Roma, Sinti und Fahrenden.

Es ist nun ein Anliegen der Schweiz, dass sich die europäischen Staaten – auf der Grundlage der Ergebnisse von Strassburg - in Südafrika als Partner einbringen, die ihren Erfahrungen mit der Vergangenheit Rechnung tragen, aber auch für innovative Ansätze in Gegenwart und Zukunft offen sind.

Im Weiteren nahm die Schweiz im Januar dieses Jahres am Internationalen Forum gegen Intoleranz in Stockholm teil, die Nachfolgeveranstaltung der Holocaust Konferenz vom letzten Jahr. Das Forum diente dem Erfahrungsaustausch und der Strategiediskussion zur Bekämpfung von Intoleranz, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Interessant waren insbesondere die Vergleichsmöglichkeiten bezüglich nationaler und lokaler Strategien und Massnahmen im Kampf gegen Intoleranz und Rassismus. In der Form eines Aktionsplans gelang es dem Forum, erstmals ein gemeinsames Papier gegen

Intoleranz über die Kontinente hinweg zu erarbeiten, welches die sonst meist divergierenden Meinungen so unterschiedlicher Länder wie Israel, Iran, Ägypten, Marokko, der USA, Australien und der europäischen Staaten zusammenbringt. Das Forum gab mit diesem Verhandlungserfolg ein positives Signal für die Weltkonferenz gegen Rassismus.

Wo stehen wir heute ?

Der nun vorliegende Entwurf eines Schlussdokumentes für die Konferenz in Durban ist unserer Meinung nach alles andere als perfekt. Positiv ist hervorzuheben, dass er eine Synthese regionaler Konferenzdokumente darstellt. Der Schweiz wichtige Themen wie nationale spezialisierte Institutionen, der garantierte Rechtsweg für Rassismusopfer, die Nicht-Diskriminierung als fundamentales Prinzip im humanitären Völkerrecht, die juristische Zusammenarbeit auf internationaler Ebene, Internet und Rassismus sowie die Etablierung von Statistiken und Indikatoren werden prominent behandelt. Es fehlen unserer Meinung nach jedoch die Forderung des uneingeschränkten und nicht diskriminierenden Zugangs zur Bildung und der strafrechtlichen Verfolgung rassistischer Handlungsweisen als Offizialdelikte. Im Weiteren bedarf die Struktur des Schlussdokumentes einer Überarbeitung.

Die Schweiz wird weiterhin alles daran setzen, den Verlauf der Vorbereitungsarbeiten zur Weltkonferenz positiv und sachorientiert zu beeinflussen, damit das Resultat von Durban wegweisend für

ein friedliches und rassenfreies Miteinander in die Geschichte eingeht.

Ich möchte abschliessend ein Wort der Vorsicht, ja der Relativierung, anfügen, um unsere Erwartungen etwas klarer zu verorten. Wir dürfen von der Weltkonferenz keine rechtsverbindlichen Entscheide erwarten. Das Endergebnis wird sich in einer Ministererklärung und einem Schlusssdokument niederschlagen, welche einen globalen politischen Konsens wiedergeben. Zu hoffen ist allerdings, dass sich die Hoffnung von Mary Robinson, der Generalsekretärin der Konferenz erfüllt, dass die Konferenz aktionsorientiert wird und spezifische Nachfolge- und Ueberprüfungsmechanismen beschlossen werden. Mary Robinson wird hier unsere Unterstützung haben. Doch unterschätzen wir die Schwierigkeiten nicht : Allein schon der Konsens über die Worte wird schwierig sein, schwierig deshalb, weil die Realitäten und Interessen, vor welchen Regierungen in Durban ihre Positionen vertreten werden, sehr unterschiedlich sind. Noch komplizierter wird sich sodann die nationale und regionale Umsetzung der Empfehlungen gestalten. Oder anders gesagt: der Sinn globaler Konferenzen und ihrer Schlusssdokumente vom Typus der Weltkonferenz gegen Rassismus erschliesst sich meist nur den Willigen. Ohne ihr Engagement auf lokaler und nationaler Ebene werden politische Dokumente auf globaler Ebene toter Buchstabe bleiben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.